

Wachsendes Armutsrisiko im Alter

1. Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. den Begriff der relativen Armut definieren.
2. aktuelle Prognosen zur Entwicklung der Renten erfassen.
3. erkennen, warum Statistiken und Prognosen stets kritisch zu reflektieren sind.

2. Aufgaben

1. *Definieren Sie den Begriff der relativen Armut. Erklären Sie, was im dargestellten Zusammenhang unter Armutsrisiko und Altersarmut verstanden wird.*
2. *Fassen Sie die Prognose der Bundesregierung bzgl. der zukünftigen Rentenbezüge zusammen. Legen Sie dar, welche Annahmen dieser zugrunde liegen.*
3. *Erläutern Sie, aus welchen Gründen die Studie der Hans-Böckler-Stiftung die Voraussagen der Bundesregierung in Zweifel zieht. Ermitteln Sie hierbei deren zentrale Kritikpunkte.*
4. *Diskutieren Sie, welche Ziele die Bundesregierung mit ihrer Prognose bzw. die Stiftung mit ihrer Studie verfolgt. Setzen Sie sich damit auseinander, inwieweit die jeweiligen Forschungsergebnisse den politischen Interessen der Auftraggeber entsprechen.*
5. *Erörtern Sie anhand des vorliegenden Beispiels, weshalb Statistiken und Prognosen grundsätzlich kritisch zu analysieren sind. Finden Sie weitere Beispiele aus anderen Bereichen, die dies verdeutlichen.*

Wachsendes Armutsrisiko im Alter

Die Bundesregierung unterschätzt nach einer aktuellen Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung das Armutsrisiko im Alter der heute aktiven Arbeitnehmer. „Das Armutsrisiko künftiger Rentner wird unterschätzt, der Alterssicherung fehlt ein klares Ziel“, kritisierten die Autoren Barbara Riedmüller und Michaela Willert von
5 der Freien Universität Berlin am Dienstag.

Laut Studie blendeten sowohl der Alterssicherungsbericht als auch die Studie Altersversorgung in Deutschland (AVID) der Bundesregierung von 2005 weitgehend aus, dass die wachsende Gruppe der Bezieher von Niedrigeinkommen,
10 teilzeitbeschäftigte Frauen und Geringsverdiener ein erhöhtes Armutsrisiko im Alter hätten. „Aus Niedrigeinkommen werden Armutsrenten“, heißt es in der Studie.

Auch die zunehmende Unterbrechung der Erwerbsbiografien vor allem von Arbeitnehmern mit kleinen Einkommen durch Zeiten der Arbeitslosigkeit und die
15 stark rentenmindernde Wirkung langer Erwerbspausen wegen Kindererziehung würden nicht genügend berücksichtigt.

Stattdessen gehe die Bundesregierung bei ihren Prognosen künftiger
20 Alterseinkommen von sehr langen Erwerbszeiten von 45 Jahren und einer 100-prozentigen Ergänzung der gesetzlichen Rente durch Zusatzversicherungen aus. Nur deshalb komme sie zu dem Ergebnis, dass Durchschnittsverdiener, die im Jahr 2030 in Rente gehen, noch 72,6 Prozent ihres früheren Nettoeinkommens als Rente ausgezahlt bekommen.

Richtig sei aber, dass von der Förderung der privaten Zusatzversorgung wie der
25 Riester-Rente und der Gehaltsumwandlung bislang vor allem Gutverdiener profitierten, während Bezieher von Niedrigeinkommen oder Arbeitslose in der Regel über keine oder nur eine geringe Zusatzversorgung verfügten. Sie seien damit massiv von Altersarmut bedroht, während Gutverdiener auch in Zukunft im Alter über eine
30 „vielfältige und hohe Alterssicherung“ verfügen werden. Die Autoren werfen der Bundesregierung vor, aufgrund ihrer zu positiven Annahmen nicht die erforderlichen Schlüsse zu ziehen, um künftige Altersarmut und steigende soziale Ungleichheit zu verhindern.

35 *Quelle: Handelsblatt, Nr. 004, 07.01.09, 4*